



## Niederschrift

### 78. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 12.02.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:40/21:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Sitzungsleitung
-----------------	-----------	-----------------

##### Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE	
Herr Lars Eichert	CDU/ANW	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	

##### zusätzliches Mitglied

Herr André Tomczak	DIE aNDERE	
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht entschuldigt

##### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Uwe Adler	SPD	bis 21.05 Uhr
----------------	-----	---------------

##### sachkundige Einwohner

Frau Adelheid Bode	Beirat für Menschen mit Behinderungen	
Herr Wolfgang Dau	SPD	
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	bis 21.25 Uhr
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz		
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	

Herr Alexander Dietmar Wietschel Beirat für Menschen  
mit Behinderungen  
Herr Rudi Wiggert SPD

### **Beigeordnete**

Herr Bernd Rubelt Beigeordneter  
Geschäftsbereich 4

### **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussmitglieder**

Herr Pete Heuer SPD entschuldigt  
Frau Babette Reimers SPD entschuldigt

### **zusätzliches Mitglied**

Frau Dr. Sylke Kaduk AfD nicht entschuldigt

### **sachkundige Einwohner**

Herr Jörg Geppert Bürgerbündnis-FDP entschuldigt  
Herr Christian Schirrholtz DIE LINKE nicht entschuldigt

### Gäste:

Herr Goetzmann Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
zu TOP 3.1, 4.1, 4.2, 4.12,  
Frau Holtkamp Bereich Verbindliche Bauleitplanung zu TOP 4.5  
Frau Woiwode Bereich Verkehrsanlagen zu TOP 4.3, 4.11 und  
4.15  
Herr Niehoff Bereich Verkehrsentwicklung zu TOP 4.4, 4.9  
und 4.13  
Herr Kümmel Planungsbüro zu TOP 5.1  
Herr Frerichs Wirtschaftsförderung zu TOP 5.3 und 5.5  
Herr Lehmann Bereich Stadterneuerung zu TOP 5.4 und 5.6  
Herr Richter Kommunaler Immobilien Service zu TOP 3, 3.1,  
4.1, 4.6, 4.7, 4.8  
Herr Sträter Ortsvorsteher Groß Glienicke zu TOP 4.10  
Herr Ott Verkehrsbetrieb Potsdam zu TOP 4.10  
Herr Kretzschmar Projektentwickler KW Development zu TOP 5.5  
Herr Menzel Rederecht zu TOP 4.6  
Frau Hassan Rederecht zu TOP 4.10

### **Niederschrift**

Frau Viola Kropp GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

### **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.01.2019 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 3.1 BE zum Grünkonzept Hermannswerder (gemäß Beschluss 18/SVV/0266)  
Kommunaler Immobilien Service
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Grundstückserwerb Krampnitz  
Vorlage: 18/SVV/0521  
Fraktion DIE aNDERE  
FA, HA  
(Wiedervorlage)
- 4.2 Kita Waldstadt II  
Vorlage: 18/SVV/0597  
Fraktion DIE LINKE  
(Wiedervorlage)  
Behandlung in Verbindung mit der BE zum Beschluss 18/SVV/0025
- 4.3 Barrierefreier Gehwegausbau Straße Am Friedhof - Alt Drewitz  
Vorlage: 18/SVV/0674  
Fraktion DIE LINKE  
(Wiedervorlage)
- 4.4 Verkehrsübersicht für Potsdam  
Vorlage: 18/SVV/0849  
Fraktion CDU/ANW  
(Wiedervorlage)
- 4.5 Bebauungsplan Nr. 157 "Neue Mitte Golm", Änderung des räumlichen  
Geltungsbereiches und Flächennutzungsplan-Änderung  
Vorlage: 18/SVV/0858  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff), KOUL, OBR Golm  
(Wiedervorlage)
- 4.6 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden  
Vorlage: 17/SVV/0604  
Fraktion DIE LINKE  
SBV (ff), FA  
(Wiedervorlage)
- 4.7 Grundstücksverkäufe zum Höchstgebot stoppen  
Vorlage: 18/SVV/0868  
Fraktion DIE aNDERE  
FA, HA  
(Wiedervorlage)
- 4.8 Verkaufsstopp für städtische Grundstücke  
Vorlage: 18/SVV/0869

- Fraktion DIE aNDERE  
FA, HA  
(Wiedervorlage)
- 4.9 Erschließung von Krampnitz durch eine Buslinie  
Vorlage: 18/SVV/0874  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
KOUL, SBV (ff)  
(Wiedervorlage)
- 4.10 Entschieden für mehr ÖPNV und weniger Stau! ÖPNV in den Norden endlich verbessern  
Vorlage: 18/SVV/0883  
Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke  
(Wiedervorlage)
- 4.11 Bordabsenkung am Brandenburger Tor und Luisenplatz  
Vorlage: 18/SVV/0873  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
KOUL, SBV (ff)  
(Wiedervorlage)
- 4.12 Soziale Infrastruktur für die Entwicklung weiterer Wohngebiete  
Vorlage: 18/SVV/0879  
Fraktion CDU/ANW  
(Wiedervorlage)
- 4.13 Gestaltung der Radwege in der Großbeerenstraße  
Vorlage: 18/SVV/0881  
Fraktion CDU/ANW  
(Wiedervorlage)
- 4.14 Krippen- und Kindergartenplätze in Babelsberg  
Vorlage: 18/SVV/0889  
Einreicher: Fraktion SPD  
SBV (ff), JHA
- 4.15 Sanierung von Potsdamer Brücken  
Vorlage: 18/SVV/0931  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Vorstellung der Planung - Werkstatt für den Schulcampus Waldstadt II (gemäß Beschluss 18/SVV/0737)  
Planungsbüro
- 5.2 BE zur sozialen Infrastruktur Krampnitz (gemäß Beschluss 18/SVV/0702)  
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.3 Berichterstattung zu den Möglichkeiten der Wiederbelebung des Bornstedt Carree (gemäß Beschluss 18/SVV/0182)  
Wirtschaftsförderung
- 5.4 BE zur Erneuerung des Wegweisersystems im Stadtteil Am Schlaatz (gemäß Beschluss 18/SVV/0510)  
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.5 BE zum aktuellen Stand der Gewerbeentwicklung im Brunnenviertel (gemäß Beschluss 18/SVV/0025)

- Wirtschaftsförderung  
(Behandlung im Zusammenhang mit der WVWL 18/SVV/0597)
- 5.6 Potsdamer Mitte Block III - Sachstand Vergabeverfahren und Bebauungsplan  
SAN-P 18  
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.01.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 22.01.2019 erfolgen keine Hinweise. Die Niederschrift wird mit 1 Enthaltung bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen zu folgenden Tagesordnungspunkten vor:

- von Herrn Kretzschmar Projektentwickler KW Development zu TOP 5.5
- von Herrn Menzel zu TOP 4.6
- von Frau Hassan zu TOP 4.10
- von Herrn Gräbner zu TOP 4.5

Zur Tagesordnung informiert der Ausschussvorsitzende über den Wunsch der antragstellenden Fraktionen, die TOPe 4.3, 4.4 und 4.6 nochmals zur Beratung in der Fraktion bzw. Überarbeitung zurückzustellen.

Von der Verwaltung wurde gebeten die TOPe 4.2 und 5.5 gemeinsam zu behandeln.

Die entsprechend geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

### zu 3 **Vorstellung von Bauvorhaben**

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Vorstellung der Bauvorhaben erfolgt ist und keine Rückfragen offen sind.

Herr Jäkel bittet um Auskunft, ob zum Sportplatz Lerchensteig eine Umplanung erfolgt.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) teilt mit, dass es zu dieser Sportanlage aus der Historie zwei diskutierte Varianten gebe. Im Augenblick wird die Variante verfolgt, die den Sportplatz weiter weg von den Anwohnern am Schneiderweg vorsieht.

Frau Hüneke erkundigt sich nach der Belastung des Baumbestandes (Ulmen, Eichen) bei beiden Varianten.

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) wendet ein, dass ein Vergleich nicht mehr möglich sei, da die Fläche der Variante 1 nicht mehr zur Verfügung steht.

Herr Jäkel bittet zu diesem Sachverhalt innerhalb der Vorrunde der nächsten regulären Sitzung um nähere Informationen. Er bittet um Auskunft, ob das aktuelle Vorhaben der erfolgten mehrmaligen Präsentation im Ausschuss entspricht.

#### zu 3.1 **BE zum Grünkonzept Hermannswerder (gemäß Beschluss 18/SVV/0266)** Kommunaler Immobilien Service

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) informiert anhand einer Präsentation (wird der Niederschrift als Anlage beigefügt). Die Grundlage für das Vermarktungskonzept bildet die städtebauliche Studie aus dem Jahr 2010. Die Vermarktung wird durch den Umzug der Wagenhausburg vom vorderen Bereich in einen hinteren Bereich möglich.

Herr Jäkel verweist auf den dort vorhandenen Altbaumbestand und erkundigt sich, ob dieser beim Verkauf Berücksichtigung finden wird.

Herr Richter betont, dass man den vorhandenen Baumbestand beachten würde und der Verkauf an diesen schützenswerten Beständen erst einmal nichts ändern würde. Hierbei verweist Herr Richter auf die zu führenden Baugenehmigungsverfahren und die daran beteiligten Fachbehörden. Er erklärt: „Es werden keine uneingeschränkt bebaubaren Grundstücke vermarktet.“

Frau Hüneke fragt nach der vorgesehenen Bebauungsdichte.

Herr Richter teilt mit, dass es im Februar nochmals ein Gespräch mit der Wagenhausburg geben werde und erst anschließend die Fragen der Vermarktung angegangen werden können.

#### zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### zu 4.1 **Grundstückserwerb Krampnitz**

**Vorlage: 18/SVV/0521**

Fraktion DIE aNDERE

FA, HA

(Wiedervorlage)

Herr Tomczak bringt die neue Fassung des Antrages ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge die DS 18/SVV/0521 in der folgenden neuen Fassung beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die städtische Wohnungsgesellschaft ProPotsdam GmbH im Entwicklungsgebiet Krampnitz mindestens 1.000 Wohnungen baut und die hierfür erforderlichen Grundstücke erwirbt.
2. Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass Grundstücke für die Errichtung von mindestens 2.000 weiteren Wohnungen an Wohnungsgenossenschaften, Baugruppen oder gemeinwohlorientierte Träger vergeben werden.

Die Vergabe dieser Grundstücke soll nicht zum Höchstgebot erfolgen, sondern im Rahmen von Konzeptvergaben. Außerdem sollen die Grundstücke nicht verkauft werden, sondern durch Erbbaupachtverträge veräußert werden.

3. Dazu ist ein Konzept zu erarbeiten, in dem Zielgruppen definiert und Grundsätze des Vergabeverfahrens festgelegt werden. Das Konzept soll der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2019 vorgelegt werden.“

Anliegen des Antrages sei es, einen Pool an kommunalen Flächen aufzubauen. Potential dazu sei nur in Krampnitz auf den Flächen außerhalb des Bereiches der Deutsche Wohnen vorhanden. Insbesondere wird gebeten, für die Grundstücksvergabe ein Konzept zu erarbeiten, welches auch Erbbaupacht umfasst.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) erläutert, dass für die Erarbeitung eines Konzeptes Rahmenbedingungen benötigt werden. Die Terminvorgabe Oktober 2019 wird für unrealistisch und deutlich zu früh gehalten. Die Schaffung von Voraussetzungen für die denkmalgerechte Sanierung der Bestandsgebäude bindet erhebliche Kapazitäten und sollte Vorrang haben. Auf die einzelnen Antragspunkte geht Herr Goetzmann ein. Die Wohnungsbaubestände in der Hand der kommunalen Gesellschaft werden als realistische Größenordnung eingeschätzt. Jedoch können die 1.000 Wohnungen nicht am Stück errichtet werden. Sie müssen Teil einer gesunden Durchmischung sein, so dass man sich Gedanken über ein sinnvolles Durchmischungskonzept

machen müsse. Hinsichtlich des zweiten Antragspunktes bittet Herr Goetzmann zu berücksichtigen, dass es nicht zielführend sei, bereits am Anfang Vorgaben für ein Konzept zu machen. Vielmehr sei zu überlegen, welche die sinnvollen Elemente des Konzeptes sind. Der Veräußerung durch Erbbaupacht stehen innerhalb einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Bedenken entgegen. Diese ergeben sich aus der besonderen Finanzierungsfunktion des Veräußerungserlöses, beispielsweise zur Finanzierung des entwicklungsbedingten Bedarfes an sozialer Infrastruktur, wie Straßen, Kitas, Schulen. Mit einem aufsummierten Erbbaupachtzins zum Beispiel über 99 Jahre sei keine Finanzierung möglich. Die Finanzierung der erforderlichen Infrastruktur sei dann durch die Stadt mit dem städtischen Haushalt erforderlich. Für einen Grundstückskauf aus dem Treuhandvermögen und Vergabe über Erbbaupacht (99 Jahre) sei jetzt die Finanzierung notwendig. Eine Alternative wäre die Finanzierung über einen Kredit. Jedoch dürfe dieser bei der Entwicklungsmaßnahme 5,5 Mio. € nicht überschreiten. Eine letzte Möglichkeit bestünde in der Entlastung der Entwicklungsmaßnahme. Dies hätte zur Folge, dass die kommunalen Leistungen insgesamt aus dem kommunalen Haushalt zu finanzieren wären.

Herr Goetzmann macht abschließend deutlich, dass die Grundstücksvergabe in Erbbaupacht eine außerordentliche Ausnahme im Entwicklungsbereich bleiben müsse.

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) ergänzt, dass ein großes Interesse an Erbbauzins nicht zu erwarten sei.

Herr Kirsch bestätigt die Aussagen seiner Vorredner mit Verweis auf die Immobilienwirtschaft und erläutert dies anhand eines Rechenbeispiels.

Herr Tomczak entnimmt den Äußerungen der Verwaltung, dass es rechtliche Möglichkeiten gebe, wie

- der Kauf aus dem Treuhandvermögen, um zu verpachten oder
- die Abzahlung langfristiger Kredite

und dafür die Finanzierung geklärt werden müsse.

Er bittet dem Antrag zuzustimmen, so dass mit dem Konzept eine schrittweise Überprüfung für die Vergabe erfolgen kann.

Herr Tomczak wäre der Verwaltung für eine realistische Terminvorgabe dankbar.

Frau Hüneke hält den Antrag prinzipiell für gut und beantragt folgenden Satz voranzustellen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, in dem die folgenden Prämissen und ihre Konsequenzen dargestellt werden.

Herr Eichert kann den Anträgen nicht folgen und hält die Belastung des kommunalen Haushaltes für unrealistisch. Zur Herstellung der Infrastruktur sei der Verkauf nach Höchstgebot notwendig. Er begrüßt eine Konzeptvergabe und verweist in diesem Zusammenhang auf den in der vergangenen Sitzung gefassten Beschluss: Leitlinie Grundstücksverkäufe überarbeiten - Konzeptausschreibungen fixieren, in welchem der Oberbürgermeister beauftragt

wird, die Leitlinie Grundstücksverkäufe zu überarbeiten.

Herr Berlin spricht sich für den Änderungsantrag von Frau Hüneke aus. Für eine neue Bodenpolitik – weg vom Verkauf – hält er insbesondere Erbbaupacht für eine gute Lösung. Eine Gegenüberstellung in Zahlen wäre hilfreich.

Herr Jäkel äußert, dass er dem 3. Antragspunkt folgen könne, jedoch nicht dem Antrag in Gänze. Hinsichtlich des 2. Antragspunktes macht er aufmerksam, dass die Genossenschaften derzeit an anderen Stellen viel leisten und ein „mehr“ in dem von den Anderen beantragten Umfang kaum umsetzbar sein wird. Erbbaupacht könne lediglich ein Bestandteil sein. Zudem sei anzunehmen, dass die Vorhabenträger eher eine Umsetzung über den Verkauf als über Erbbaupacht anstreben.

Herr Jäkel regt an, den Antrag nochmals zur Beratung in der Fraktion zurückzustellen und zu geeigneter Zeit erneut aufzurufen.

Herr Kühnemann verweist hier auf die Stadt Ulm und regt an, einen Vergleich vorzunehmen.

Herr Goetzmann schlägt vor, eher dem Änderungsantrag (Vorlaufformulierung) von Frau Hüneke zu folgen. Mit der Umsetzung könne deutlich gemacht werden, welches realistische Elemente sein werden. Als realistischer Termin wäre Juni 2020 denkbar.

Herr Kirsch stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung des Antrages und bittet um eine Gegenüberstellung der Kosten.

Für den GO-Antrag sprechen Herr Jäkel und Herr Eichert.

Gegen den GO-Antrag äußert sich Herr Tomczak. Mit diesem Antrag und der Umsetzung sei es möglich, die wirtschaftlichen Grundlagen und die vorhandenen Spielräume zu prüfen.

Dem GO-Antrag auf Zurückstellung wird mit 4/2/0 zugestimmt.

Frau Hüneke wird gebeten, den kompletten Antragstext kurzfristig an die Ausschussbetreuerin zu übermitteln.

**zu 4.2**      **Kita Waldstadt II**  
**Vorlage: 18/SVV/0597**  
Fraktion DIE LINKE  
(Wiedervorlage)

Die Behandlung des Antrages erfolgt in Verbindung mit der Berichterstattung zum Stand der Gewerbeentwicklung im Brunnenviertel gemäß Beschluss 18/SVV/0025.

Herr Jäkel bringt den Antrag aus dem Jahr 2018 in Erinnerung.

Herr Kretzschmar (Geschäftsführer KW-Development) greift auf seine im September vorigen Jahres getätigten Ausführungen zurück. Zwischenzeitlich wird von einem Bürogebäude mit knapp 8.000 m<sup>2</sup> Fläche im Brunnenviertel ausgegangen, welches um ein Büro- und Gewerbegebäude von 4.000 m<sup>2</sup> ergänzt werden soll. Mit der Verwaltung besteht Einvernehmen darüber, dass die Kita unter der Voraussetzung genehmigt wird, dass die Gewerbeansiedlung mit dem nennenswerten Umfang von 8.000 + 4.000 m<sup>2</sup> erfolgt.

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) bestätigt, dass es diverse Abstimmungen gegeben habe, welche gemeinschaftlich zu einer guten Lösung beigetragen haben.

Frau Hüneke erkundigt sich, inwiefern durch den Bau einer Kita der Waldcampus entlastet werden könne.

Herr Kirsch erinnert, dass die Kita am Waldcampus bereits schon jetzt benötigt wird und nicht erst auf der Grundlage der zusätzlichen Gewerbeflächen.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) verweist auf die sich ständig ändernden Wachstumsbedingungen der Stadt.

Herr Eichert regt an, den Antrag als „durch Verwaltungshandeln erledigt“ zu erklären.

Herr Jäkel bestätigt den zusätzlichen Bedarf einer Kita aufgrund der entstehenden Gewerbeflächen. Er trägt jedoch die Hoffnung, dass trotzdem eine gewisse Entlastung der Situation eintritt.

Herr Rubelt bestätigt durch Kopfnicken, dass die Kita im Brunnenviertel bei der angesprochenen Gewerbeansiedlung von insgesamt 12.000 m<sup>2</sup> genehmigt wird und somit sich der Antrag 18/SVV/0597 in der Erledigung befindet.

Herr Jäkel erklärt den Antrag 18/SVV/0597 als „durch Verwaltungshandeln erledigt“.

**zu 5.5 BE zum aktuellen Stand der Gewerbeentwicklung im Brunnenviertel (gemäß Beschluss 18/SVV/0025)  
Wirtschaftsförderung**

Siehe Tagesordnungspunkt 4.2.

**zu 4.3 Barrierefreier Gehwegausbau Straße Am Friedhof - Alt Drewitz  
Vorlage: 18/SVV/0674**

Fraktion DIE LINKE  
(Wiedervorlage)

Siehe Verständigung zur Tagesordnung – zurückgestellt.

**zu 4.4 Verkehrsübersicht für Potsdam**

**Vorlage: 18/SVV/0849**

Fraktion CDU/ANW  
(Wiedervorlage)

Siehe Verständigung zur Tagesordnung – zurückgestellt.

**zu 4.5 Bebauungsplan Nr. 157 "Neue Mitte Golm", Änderung des räumlichen Geltungsbereiches und Flächennutzungsplan-Änderung**

**Vorlage: 18/SVV/0858**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff), KOUL, OBR Golm  
(Wiedervorlage)

Herr Johannes Gräbner nimmt das erteilte Rederecht wahr. Er informiert, dass er sich mit der Vorlage intensiv beschäftigt und dabei festgestellt habe, dass in der der Vorlage beigefügten Liste von Flurstücken fehlerhafte Angaben enthalten sind. Er übergibt der Verwaltung seine Ausführungen und bittet um die Einarbeitung.

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) dankt Herrn Gräbner für seine Anmerkungen. Die Verwaltung wird diese Hinweise prüfen und gegebenenfalls nochmals mit Herrn Gräbner in Kontakt treten.

Frau Holtkamp bringt die Vorlage ein und erläutert die derzeitige Bestandssituation im nördlichen und südlichen Bereich.

Planungsanlass und Planungsziele sind

- die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Entwicklung mit dem Ziel, den Ortsteil Golm städtebaulich und funktional zu verknüpfen und im Bereich des Bahnhofsumfeldes eine Ortsmitte zu gestalten
- die Einbeziehung weiterer bedeutungsvoller Flächen zur Umsetzung der Planungsziele und Gewährleistung einer geordneten Entwicklung sowie die Erschließung neuer Entwicklungspotenziale
- die Aufnahme der Nutzungsüberlegungen aus dem Wettbewerb, die Konkretisierung im weiteren Verfahren mit geändertem räumlichen Geltungsbereich.

Da der Bebauungsplan nicht aus den Darstellungen des Flächennutzungsplanes entwickelt werden kann, soll dieser auch für den Erweiterungsbereich im Parallelverfahren geändert werden.

Frau Holtkamp ergänzt, dass sich der Ortsbeirat Golm in seiner Sitzung am 13.12.2018 mit der Vorlage befasst und seine Zustimmung mit folgender Ergänzung gegeben hat: „Im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 157 "Neue Mitte Golm" ist zur Sicherung der Planungsziele eine Veränderungssperre

zu prüfen.“ Grundlage des Erlasses einer Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB ist ein Vorhaben, welches nicht den Planungszielen entspricht. Aus Verwaltungssicht ist jedoch kein Vorhaben oder Eigentümerinteresse erkennbar, das kritisch zu bewerten ist und bei denen eine Veränderungssperre greifen würde. Die Verwaltung bittet daher der Ergänzung des Ortsbeirates nicht zu folgen und der Vorlage der Verwaltung in unveränderter Form zuzustimmen.

Herr Jäkel unterstützt die vorliegende Planung nur in Teilen der Fläche Er vertritt die Auffassung, dass die Planung in anderen Teilbereichen verfrüht sei, weil die Belange der verkehrlichen Entwicklung (Nordanbindung Golm und OU Potsdam) nicht vorsorglich ausreichend genug betrachtet worden sind und wird der Vorlage deshalb keine Zustimmung geben.

Der Ausschussvorsitzende stellt die unveränderte Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 157 "Neue Mitte Golm" ist nach § 9 Abs. 7 BauGB zu ändern (gemäß Anlagen 1 und 2). Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>3</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>3</b>

**zu 4.6 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden**

**Vorlage: 17/SVV/0604**

Fraktion DIE LINKE

SBV (ff), FA

(Wiedervorlage)

Siehe Verständigung zur Tagesordnung – zurückgestellt.

**zu 4.7 Grundstücksverkäufe zum Höchstgebot stoppen**

**Vorlage: 18/SVV/0868**

Fraktion DIE aNDERE

FA, HA

(Wiedervorlage)

Herr Tomczak bittet die Anträge 18/SVV/0868 und 18/SVV/0869 gemeinsam zu behandeln und bringt die Anträge ein. Mit dem Antrag „Grundstücksverkäufe zum

Höchstgebot stoppen“ wird das Ziel verfolgt, alle laufenden Höchstgebotsverfahren sofort abzubrechen. Der Antrag „Verkaufsstopp für städtische Grundstücke“ zielt darauf ab, alle städtischen Grundstücke im Eigentum der Stadt zu behalten und so den Grundwert zu mehren.

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) bittet zu beachten, dass dies ein Eingriff in Beschlüsse (beispielsweise Haushaltspläne) zur Folge hätte. Er verweist auf den entstehenden Widerspruch mit dem kürzlich durch die Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschluss „Leitlinie Grundstücksverkäufe überarbeiten - Konzeptausschreibungen fixieren“, in welchem der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Leitlinie Grundstücksverkäufe zu überarbeiten. Dabei soll die Möglichkeit von Konzeptausschreibungen gleichwertig in die Richtlinie aufgenommen werden und es sollen auch klar definierte, nachvollziehbare Bedingungen bei Verkäufen nach Konzept formuliert werden. Die Berichterstattung zum Arbeitsstand der überarbeiteten Richtlinie ist der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2019 vorzulegen. Herr Richter bittet abzuwarten, was von der Verwaltung im Mai 2019 vorgelegt wird.

Herr Berlin bestätigt den Eingriff in den Haushalt und schließt sich der Empfehlung von Herrn Richter an.

Herr Eichert verweist auf die wirtschaftlichen Erfordernisse und bittet beide Anträge abzulehnen.

Herr Tomczak erinnert an die Bekenntnisse aus der Oberbürgermeisterwahl und bittet diese jetzt auch umzusetzen. Im Antrag 18/SVV/0869 ist nach dem Wort Beschlussfassung das Wort „grundsätzlich“ einzufügen.

Herr Adler folgt der Argumentation von Herrn Richter und stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag bis zur Vorlage der Verwaltung im Mai 2019 zurückzustellen.

Herr Kirsch spricht gegen den GO-Antrag.

Für den GO-Antrag spricht Frau Hüneke.

Der GO-Antrag auf Zurückstellung wird mit 3/3/0 abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter städtischer Betriebe - beauftragt, dafür zu sorgen, dass künftig keine Baugrundstücke und Wohnimmobilien der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer kommunalen Unternehmen mehr zum Höchstgebot verkauft werden.

Alle laufenden Höchstgebotsverkaufsverfahren, die die Stadt selbst für kommunale Wohn- und Baugrundstücke durchführt oder die im Auftrag der Stadt oder städtischer Betriebe durchgeführt werden, sind abzubrechen.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im Januar 2019 über die Umsetzung des

Auftrages informiert werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           **0**  
Ablehnung:               **5**  
Stimmenthaltung:       **1**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr den Antrag empfiehlt den Antrag abzulehnen.

**zu 4.8      Verkaufsstopp für städtische Grundstücke**

**Vorlage: 18/SVV/0869**

Fraktion DIE aNDERE

FA, HA

(Wiedervorlage)

Siehe TOP 4.7.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter der städtischen Betriebe - beauftragt, dafür zu sorgen, dass ab dem Tage der Beschlussfassung **grundsätzlich** keine Wohnimmobilien und Baugrundstücke der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer kommunalen Unternehmen mehr verkauft werden. Hierunter fallen auch Grundstücke, die Wohnbauerwartungsland nach dem aktuellen Wohnbauentwicklungskonzept sind.

Weiterhin möglich sein soll die Vergabe von Erbbaurechten an städtischen Bau- und Wohngrundstücken. Deren Vergabe soll künftig nicht mehr zum Höchstgebot erfolgen, sondern Konzepte bevorzugen, die die Schaffung von Wohnraum durch gemeinwohlorientierte Träger und Wohnungsgenossenschaften sicherstellen.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im Januar 2019 über die Umsetzung des Auftrages informiert werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           **2**  
Ablehnung:               **4**  
Stimmenthaltung:       **0**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr den Antrag empfiehlt den Antrag abzulehnen.

**zu 4.9      Erschließung von Krampnitz durch eine Buslinie**

**Vorlage: 18/SVV/0874**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

KOUL, SBV (ff)

(Wiedervorlage)

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und verweist auf die geänderte Empfehlung aus dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, welche sie übernommen hat „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein **ÖPNV-Konzept** zur Erschließung des neuen Stadtteils Krampnitz bis zur ~~Inbetriebnahme der Straßenbahn durch Busse~~ vorzulegen. **Dabei soll unter Berücksichtigung der schrittweisen Entwicklung von Krampnitz sowohl der anvisierte Straßenbahnbetrieb als auch ein Vorlaufbetrieb bis zur Inbetriebnahme der Straßenbahn durch Busse betrachtet werden.** Dies ist in die Relation Potsdam-Groß-Glienicke einzufügen.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) berichtet, dass ein Rahmenkonzept für den so genannten Busvorlaufbetrieb von Krampnitz bereits durch die Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH erarbeitet worden ist und der Verwaltung im Entwurf vorliegt. Der geänderten Fassung könne gefolgt werden. Die Erarbeitung eines ÖPNV-Konzeptes zur Erschließung des Stadtteiles Krampnitz ist vorgesehen.

Herr Kirsch stellt den GO-Antrag, den Antrag „durch Verwaltungshandeln erledigt“ zu erklären.

Frau Hüneke spricht sich dagegen aus, da sie ein positives Votum als zielführend betrachte.

Für den GO-Antrag spricht niemand.

Dem GO-Antrag wird mit 5/1/0 zugestimmt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr erklärt den Antrag 18/SVV/0874 für durch Verwaltungshandeln erledigt.

#### **zu 4.10 Entschieden für mehr ÖPNV und weniger Stau! ÖPNV in den Norden endlich verbessern**

**Vorlage: 18/SVV/0883**

Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke  
(Wiedervorlage)

Frau Hassan nimmt als Groß Glienicker Bürgerin das Rederecht wahr. Sie stellt dar, dass die Verbindung nach Groß Glienicke aufgrund des Umstiegs am Campus Jungfernsee erheblich langsamer geworden ist und teilweise aufgrund der fehlenden Unterstellmöglichkeit problematisch sei. Auch die lange Wartezeit am Abend und die nicht ausreichenden Parkplätze am Campus Jungfernsee, sowie der nicht funktionierende Umstieg von Tür zu Tür etc. lassen viele Groß Glienicker Anwohner wieder den PKW nutzen. Aus ihrer Sicht sei ein Parallelverkehr erforderlich und die Einrichtung einer Busspur.

Herr Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) bringt den Antrag ein. Der Ortsbeirat Groß Glienicke habe sich dafür ausgesprochen, dass die Busse der Linie 638 außerhalb der Schülertransportzeiten zumindest einmal stündlich von und bis zum Potsdamer Hauptbahnhof durchfahren sollen. Er bedauert, dass sich für die Nutzer der öffentlichen Verkehrsmittel seit Ende 2017 nichts geändert habe. Weder wird in den Laufleisten an den Haltestellen noch an der Straßenbahn der Linie 96 angezeigt, zu welchem Bus am Campus Jungfernsee Anschluss besteht. Der direkte Umstieg zwischen Bahn und Bus klappt trotz Zusage nicht. Die

Unterstellmöglichkeiten sind bisher nicht verbessert worden und auch zu dem Prüfauftrag zum Aufstellen von Toilette und eines Kioskes, ist bisher keine Antwort gegeben worden. Er bittet dem Verkehrsbetrieb eine Frist zur Umsetzung zu setzen, um die Situation zu verbessern.

Herr Ott (Verkehrsbetrieb Potsdam, zuständig für den Fahrdienst) berichtet, dass im Nahverkehrsplan die Stärkung der Straßenbahn Vorrang hat und der Bus perspektivisch als Zubringerverkehr eingerichtet wird. Die Fahrten am Nachmittag sind untersucht worden und decken sich mit den ausgewählten und angebotenen Leistungen. Hinsichtlich der Angebotsqualität ist der Umstieg von der Straßenbahn zum Bus auf 1 Minute verringert worden. Die Hinweise, welche Straßenbahn zu welcher Buslinie am Campus Jungfernsee Anschluss hat, ist in zusätzlichen Flyern und in den Fahrplanaushängen dargestellt worden. Auch online sind die Anschlussinformationen abrufbar. Am Campus Jungfernsee begegnen sich 4 Buslinien (609 nach Fahrland, 638 nach Berlin-Spandau, 697 nach Sacrow und 604 nach Falkensee). Das technische System gibt eine zusätzliche elektronische Anzeige zum Anschluss weder in der Bahn als auch an den Haltestellen her. Hinsichtlich der Wartehalle ist das Fundament da, so dass hier in Kürze eine Verbesserung zu erwarten ist.

Herr Jäkel erinnert an die mehrmalige Behandlung des Antrages 17/SVV/0979 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, zu welchem am 27.03.2018 einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben worden ist:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt rasche Verbesserungen der ÖPNV-Verbindung von Groß Glienicke in die Potsdamer City zu veranlassen.

Über die eingeleiteten Maßnahmen und die Auswirkungen hinsichtlich Fahrgastzahlen, Fahrgastzufriedenheit und Fahrtzeiten bis zum Hauptbahnhof ist dem Ortsbeirat Groß Glienicke und dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr bis Juni 2018 Bericht zu erstatten.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen zu berücksichtigen:

- Die Straßenbahnen, die Anschluss an Busse nach Groß Glienicke haben, sind in ihrer Fahrzielanzeige entsprechend zu kennzeichnen.
- Die vorhandenen Lauflichtanzeigen an den größeren Haltestellen sind mit der Angabe zu ergänzen, welche Straßenbahnen direkten Anschluss nach Groß Glienicke haben.
- Es ist zu prüfen, ob es nachmittags und abends weitere Spitzenzeiten der Fahrgastbelegung gibt, für die eine Wiedereinrichtung direkter Busverbindung bis zum Hauptbahnhof zusätzlich zur Straßenbahn gerechtfertigt werden kann.
- Die Umsteigebeziehung am Campus Jungfernsee ist zu verbessern. Den Fahrgästen ist ein direkter Umstieg in die weiterfahrenden Fahrzeuge zu ermöglichen.
- Die Unterstellmöglichkeit für auf Anschluss wartende Fahrgäste ist zu verbessern.“

Herr Jäkel erwartet hier einen lösungsorientierten Vorschlag des Verkehrsbetriebes. Gegebenenfalls sei auch durch einfaches Einstellen einer A3-Tafel in der Fahrerkabine die Kenntlichmachung des Anschlusses am Campus Jungfernsee zielführend.

Herr Hanisch bestätigt ebenfalls als Groß Glienicker Anwohner, dass der Umstieg von Tür zu Tür nicht klappt und trotz Einfahrt der Straßenbahn der Bus an der

Seite steht, ohne vorzufahren und die Fahrgäste einsteigen zu lassen. Obwohl die Abfahrtszeit des Busses erreicht ist und die Zeitanzeige bereits als überfällig blinkt, fährt der Bus oft nicht vor und es vergehen noch 2 bis 3 Minuten. Dies ist nicht nachvollziehbar.

Herr Ott informiert, dass die Fahrbahnbreite kein Überholen in der Haltestelle zulässt, so dass der Bus gegebenenfalls den Bus einer der anderen Linien vorher durchfahren lassen muss.

Herr Kirsch erkundigt sich, ob für diesen Fall die Einrichtung einer Bedarfshaltestelle möglich wird, bevor der Bus in die Haltestelle einfährt.

Herr Eichert regt an, am Plan der Örtlichkeiten zu zeigen, welche Schwierigkeiten der ViP sieht. Vielleicht wird es dann verständlicher.

Herr Berlin regt die Zurückstellung des Antrages an.

Herr Sträter es hält nicht für ausreichend, durch den ViP erklärt zu bekommen, weshalb etwas nicht geht. Vielmehr sei es Aufgabe des ViP zu zeigen, wie Verbesserungen funktionieren können.

Herr Rubelt macht aufmerksam, dass es auch vorhandene Vergleichspunkte gebe, zum Beispiel an der Kirschallee.

Herr Kühnemann betont, dass die Stadt Auftraggeber für diese Leistungen sei, so dass ein Zusammenspiel zwischen Verkehrsbetrieb und Verwaltung erfolgen müsse.

Herr Rubelt informiert, dass der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt erst seit 4 Wochen dafür zuständig sei. Er unterbreitet Herrn Jäkel das Angebot, sich hinsichtlich der offenen technischen Fragen (Einbindung in die Laufleiste / zusätzliche Anzeige in der Bahn) direkt vor Ort beim ViP mit dem Verantwortlichen zu verständigen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr stellt den Antrag einstimmig bis zur Sitzung am 26.02.19 zurück und bittet die Verwaltung und den Verkehrsbetrieb sich zu dieser Sitzung auf die vorgenannten Punkte (sh. DS 17/SVV/0797) vorzubereiten.

**zu 4.11 Bordabsenkung am Brandenburger Tor und Luisenplatz**  
**Vorlage: 18/SVV/0873**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
KOUL, SBV (ff)  
(Wiedervorlage)

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) geht auf die aktuelle Situation ein. Die Absenkung des Straßenbordes über die gesamte Querungsfläche ist aufgrund des vorhabenden Regenwasserschachtes und des Telekomverteilerschachtes schwierig und auch kostenintensiv. Frau Woiwode geht auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Bordabsenkung am Brandenburger Tor und Luisenplatz“ und auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE „Fußgängerverkehr am Brandenburger Tor“ erläuternd ein und unterbreitet, um beiden Anträgen gerecht zu werden, folgenden Änderungsvorschlag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der angekündigten Erarbeitung des Fußverkehrskonzeptes detailliert zu prüfen, wie die Situation für Fußgänger und Radfahrer am Brandenburger Tor und am Luisenplatz verbessert werden kann.

Inbesondere ist zu prüfen:

- ob der Straßenbord am Brandenburger Tor und am Luisenplatz auf der gesamten Länge abgesenkt werden kann,
- ob die Querungsfläche verbreitert und bessere Aufstellmöglichkeiten für Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen markiert werden können,
- wie auf der Fahrbahn der Radweg deutlicher gekennzeichnet werden kann (z. B. durch Piktogramme oder Einfärbung des Radweges),
- ob an dieser Stelle ein Blindenleitsystem errichtet werden kann und
- ob es an dieser Stelle weitere bzw. andere Verbesserungsmöglichkeiten geben kann.

Frau Hüneke übernimmt den Änderungsvorschlag der Verwaltung.

Herr Kuppert bittet in den Prüfauftrag folgenden Zusatz aufzunehmen:

- ob die Fußgänger- und Radfahrampel von einer Bedarfs- auf eine Regelschaltung umgestellt werden kann.

Herr Wietschel regt an, in der vorletzten Zeile statt dem „ob“, ein „wie“ einzusetzen.

Beide Änderungsvorschläge werden von Frau Hüneke übernommen.

Herr Jäkel weist auf die schützende Funktion von Bordsteinen für Fußgänger hin und plädiert dafür, die Absenkung nicht über die gesamte Länge vorzunehmen. Auch gilt es die Lenkung der Fußgänger und Radfahrer zu verbessern.

Herr Dr. Naumann bestätigt, dass die Anforderungsschaltung für Fußgänger fast permanent läuft. Er spricht sich für die Erfassung der Verkehrsströme per Onlinesteuerung aus.

Der Ausschussvorsitzende stellt die von der Antragstellerin übernommene neue Fassung zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der angekündigten Erarbeitung des Fußverkehrskonzeptes detailliert zu prüfen, wie die Situation für Fußgänger und Radfahrer am Brandenburger Tor und am Luisenplatz verbessert werden kann.**

**Insbesondere ist zu prüfen:**

- ob der Straßenbord am Brandenburger Tor und am Luisenplatz auf der gesamten Länge abgesenkt werden kann,
- ob die Querungsfläche verbreitert und bessere Aufstellmöglichkeiten für Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen markiert werden können,
- wie auf der Fahrbahn der Radweg deutlicher gekennzeichnet werden kann (z. B. durch Piktogramme oder Einfärbung des Radweges),
- wie an dieser Stelle ein Blindenleitsystem errichtet werden kann und
- ob es an dieser Stelle weitere bzw. andere Verbesserungsmöglichkeiten geben kann
- ob die Fußgänger- und Radfahrrampel von einer Bedarfs- auf eine Regelschaltung umgestellt werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

#### **zu 4.12 Soziale Infrastruktur für die Entwicklung weiterer Wohngebiete**

**Vorlage: 18/SVV/0879**

Fraktion CDU/ANW

(Wiedervorlage)

Herr Eichert bringt den Antrag ein. Zielstellung des Antrages ist es, in zeitnaher Zukunft die Erfordernisse aufzuzeigen, welcher Bedarf an sozialer Infrastruktur erforderlich ist.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) informiert, dass eine gesonderte Darstellung der aufgeführten Themen nicht notwendig sei, da dies Regelprogramm im Bereich der Bebauungspläne sei. Aus diesem Grunde wirbt Herr Goetzmann dafür, den Antrag als „durch Verwaltungshandeln erledigt“ zu erklären

Herr Eichert stimmt zu.

Der Antrag wird durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt.

**zu 4.13 Gestaltung der Radwege in der Großbeerenstraße**

**Vorlage: 18/SVV/0881**

Fraktion CDU/ANW

(Wiedervorlage)

Herr Eichert bringt den Antrag ein. Es ist zu prüfen, ob die Führung der Radwege neben der Fahrbahn aber mit Bordstein abgegrenzt sinnvoll ist.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsanlagen) informiert, dass die Grundlage für alle Radverkehrsmaßnahmen das 2017 beschlossene Radverkehrskonzept ist. Darin wurden auch für die Großbeerenstraße geeignete Führungsformen des Radverkehrs geprüft und festgelegt. Für die Abschnitte zwischen Bahnhof Medienstadt und Flotowstraße werden demnach Schutzstreifen empfohlen. Für den Abschnitt zwischen Flotowstraße und Steinstraße werden Schutzstreifen oder getrennte Geh- und Radwege empfohlen. Diese Empfehlungen entsprechen damit der bestehenden Situation, weshalb im Ergebnis für den betreffenden Abschnitt der Großbeerenstraße mit dem Radverkehrskonzept keine Maßnahmen vorgesehen sind. Die im Radverkehrskonzept empfohlenen Führungsformen sind damit auch Grundlage für gegebenenfalls notwendige Instandhaltungs- bzw. Instandsetzungsmaßnahmen von Fahrbahn und Nebenanlagen.

Nach Erörterung der Möglichkeiten der Radwegführung durch verschiedene Ausschussmitglieder versicherte Frau Woiwode, dass alle denkbaren Varianten bei anstehenden Fahrbahnarbeiten geprüft werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

vorbereitend für eine Erneuerung der Fahrbahn und der Nebenanlagen in der Großbeerenstraße in dem Abschnitt zwischen Bahnhof Medienstadt und Steinstraße zu prüfen, wie die vorhandenen aber nicht mehr genutzten Radwege auf dem Bürgersteig bei einer Neuaufteilung des Verkehrsraumes für die Radfahrer mit einbezogen werden können. Insbesondere ist zu prüfen, ob mit einer räumlichen Trennung des Radweges durch eine erhöhte Fahrbahnkante zwischen Radweg und Fahrbahn mehr Sicherheit für den Radverkehr erreicht werden kann als mit einer Fahrbahnmarkierung.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im April 2019 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: **2**

Ablehnung: 1  
Stimmhaltung: 3

**zu 4.14 Krippen- und Kindergartenplätze in Babelsberg**

**Vorlage: 18/SVV/0889**

Einreicher: Fraktion SPD  
SBV (ff), JHA

Herr Adler bittet für die antragstellende Fraktion, den Antrag nochmals zurückzustellen.

**zu 4.15 Sanierung von Potsdamer Brücken**

**Vorlage: 18/SVV/0931**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
(Mitteilungsvorlage)

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) bringt mit Mitteilungsvorlage ein und beantwortet Rückfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage 18/SVV/0931 zur Kenntnis.

**zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1 Vorstellung der Planung - Werkstatt für den Schulcampus Waldstadt II  
(gemäß Beschluss 18/SVV/0737)**

Planungsbüro

Herr Kümmel (Büro für integrierte städtische Planungen und Projekte) informiert über die beabsichtigte Durchführung einer Werkstatt zum Schulcampus Waldstadt II im März 2019 auf der Grundlage der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung 18/SVV/0186 und 18/SVV/0737.

Anhand der Präsentation (wird der Niederschrift als Anlage beigefügt) geht Herr Kümmel auf folgende Punkte näher ein

- Teilnehmer der Werkstatt, Dauer voraussichtlich 3 Stunden, Ort: Stadthaus Potsdam
- zu behandelnde Themen
- naturschutzfachliche Einschätzung
- Mitteilung des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) vom 12.02.2019 zur Voranfrage auf Nutzung des Landschaftsschutzgebietes (LSG)
- Zeitplanung

ein.

Es wird beabsichtigt den Satzungsbeschluss bis März 2020 zu fassen.

Die Mitteilung des MLUL vom heutigen Tage beinhaltet folgende Aussagen:

- geplante Festsetzungen des B-Plans stehen im Widerspruch zum Schutzzweck der LSG-VO
- Sie sind im Hinblick auf eine nachhaltige und naturverträgliche Landnutzung nicht vereinbar
- Bedarf am Neubau einer Förderschule kann nicht nachvollzogen werden
- Bedarf lasse sich an anderen Standorten realisieren, weshalb die bauliche Inanspruchnahme von LSG-Flächen nicht erforderlich sei.

Aus Sicht der Verwaltung besteht hier erheblicher Diskussionsbedarf, da vor allem aufgrund des schnellen Wachstums der Stadt ein erheblicher Mehrbedarf an Schulen und Kitas besteht. Das Gespräch mit dem Ministerium wird gesucht.

Herr Schütt regt an, auch Vertreter der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zur Werkstatt einzuladen.

**zu 5.2 BE zur sozialen Infrastruktur Krampnitz (gemäß Beschluss 18/SVV/0702)**  
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Rubelt informiert, dass der Masterplan Krampnitz in die März-Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden soll und schlägt vor, die Berichterstattung im Kontext mit dem Masterplan vorzunehmen.

**zu 5.3 Berichterstattung zu den Möglichkeiten der Wiederbelebung des Bornstedt Carree (gemäß Beschluss 18/SVV/0182)**  
Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs (Bereich Wirtschaftsförderung) erinnert an den Auftrag aus der Stadtverordnetenversammlung. Zwischenzeitlich hat sich die Situation an diesem Standort merklich verbessert. An diesem Standort befinden sich jetzt 14 Einrichtungen verschiedenster Art, so dass kein Leerstand mehr zu verzeichnen ist.

**zu 5.4 BE zur Erneuerung des Wegweisersystems im Stadtteil Am Schlaatz (gemäß Beschluss 18/SVV/0510)**  
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) erinnert, dass im Jahr 2008 die Wegweiser mit Mitteln der Sozialen Stadt errichtet wurden. Zwischenzeitlich sind die Aufschriften aufgrund von Namensänderungen sowie dem Hinzukommen neuer Einrichtungen im Stadtteil zum Teil nicht mehr aktuell. Eine Abstimmung im Rahmen des Regionalen Arbeitskreises und den Akteuren vor Ort ist erfolgt. Es ist verabredet, den Stadteirat im Februar 2019 einzubeziehen. Es ist vorgesehen, die derzeitigen Standorte sowie die aktuellen Schilder beizubehalten. Bestehende, nicht mehr aktuelle Wegweiserschilder sollen

umgeschrieben, überklebt und an den vorhandenen Wegweisern angebracht werden. Die Ausschreibung, Vergabe und Umsetzung könne nach der Beteiligung des Stadtteilrates erfolgen. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt Am Schlaatz.

Herr Lehmann ergänzt auf Nachfrage, dass es sich hier um eine eigenständige Lösung am Schlaatz handelt. Ob diese sich später in die Gesamtstadtypologie einordnet, wäre zu überlegen.

## **zu 5.6 Potsdamer Mitte Block III - Sachstand Vergabeverfahren und Bebauungsplan SAN-P 18**

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) macht aufmerksam, dass ein Teil der Ausschussmitglieder bereits im Rahmen des interfraktionellen Auswahlgremiums über den Sachstand des Vergabeverfahrens informiert worden ist. Um alle Ausschussmitglieder zu informieren, berichtet Herr Lehmann, dass man sich nach wie vor in der Phase der Anhandgabe befindet. Es haben sich Konkretisierungsbedarfe für den Bauungsplan ergeben, so dass eine nochmalige Auslegung erfolgt. Neben den zwischen Sanierungsträger und Bauherren geschlossenen Anhandgabeverträgen wird mit den umfangreichen Festsetzungen des Bebauungsplanentwurfs zudem der Anspruch verfolgt, die hohe Qualität aus dem Bieterverfahren dort, wo es möglich ist, auch planungsrechtlich zu fixieren.

Auf die Rückfrage von Herrn Wiggert zur Zahl der Stellplätze informiert Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung), dass die 75 Stellplätze deutlich unter den Stellplatzzahlen liegen, die die Stellplatzsatzung vorschreibt. Die Satzung jedoch wurde für dieses Gebiet ausgesetzt.

## **zu 6 Sonstiges**

Herr Schütt erinnert an ein Schreiben der Bürgerinitiative Zehlendorf vor ca. 1 ½ Jahren zum Bauvorhaben am Standort Stubenrauchstraße. Er bittet im nächsten Bauausschuss um Information zum gegenwärtigen Stand.

Herr Berlin hinterfragt, ob der Termin für das Werkstattverfahren Minsk (20.02.19) nochmals geändert werden könne.

Herr Rubelt informiert, dass dies nicht mehr möglich sei. Es war schwierig die verschiedenen Ansprüche zu berücksichtigen und ein Zeitfenster als Kompromisslösung zu finden.

Die Zwischenberichterstattung zum Beschluss 18/SVV/0063 „Denkmal für die Friedliche Revolution in Potsdam zum 30. Jahrestag der Demonstration vom 4. November 1989“ wird der Niederschrift als Anlage beigefügt (hier war unter anderem die BE auch im SBV-Ausschuss erbeten worden).

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) informiert unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu zwei Vorhaben in Alt Drewitz.

Ralf Jäkel  
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp  
Niederschrift